

Die Illusion einer demokratischen Opposition in Israel

Der Stimmungswandel in Frankreich gegenüber Israels Krieg im Gazastreifen geht einher mit einer Debatte, in der die Initiativen der Opposition gegen das rechtsextreme Kabinett von Benjamin Netanjahu hervorgehoben werden. Aber bei genauerer Betrachtung scheinen die Unterschiede jedoch eher gradueller als grundsätzlicher Natur zu sein, da die kolonialistischen Grundlagen der israelischen Politik nicht in Frage gestellt werden.

Nitzan Perleman Becker, orientxxi.info, 01.09.25

Ein bekanntes, fast automatisches Szenario: Es genügt, dass eine einzige Stimme gegen Benjamin Netanyahu und sein Kabinett erhoben wird, ein einzelner Akt des Dissenses in der politischen oder öffentlichen Szene in Israel, damit die französischen Medien eine beruhigende alte Fiktion wiederbeleben: die einer demokratischen, liberalen, progressiven Opposition, die sich einer rechtsextremen Regierung entgegenstellt, die im Grunde genommen nichts weiter ist als eine autoritäre Fußnote in der Geschichte des beispielhaften, demokratischen Staates Israel.

Es gibt keine wirklich „demokratische“ oder „liberale“ Opposition, solange sie dem Zionismus verpflichtet ist. In diesem Kontext bleibt die Demokratie dem nationalistischen und kolonialistischen Projekt untergeordnet und kann unmöglich eine idealistische Demokratie westlichen Stils verkörpern.

Diese Dynamik ist heute besonders deutlich. Wenn Hunderttausende auf die Straße gehen, um gegen Netanyahus Plan, eine militärische Kontrolle über Gaza dauerhaft aufrecht zu erhalten, zu protestieren, stellen unsere Medien diese Demonstrationen als pazifistische, liberale, humanistische Appelle zur Beendigung des Krieges dar. Diese Interpretation verschleiert ihr eigentliches Ziel: die Befreiung der Geiseln. Das Ende des Krieges wird nicht als Forderung an sich gesehen, sondern als Preis, der gezahlt werden muss, als einziger Weg, dieses Ziel zu erreichen.

Der anhaltende Völkermord in Gaza und die humanitäre Katastrophe, die die Palästinenser heimsucht, spielen in ihren Forderungen kaum eine Rolle. Die Meinungsumfragen bestätigen dies: Im Juni 2025 sind laut dem *Israeli Democracy Institute* 74 % der Israelis der Meinung, dass das Leid der Palästinenser bei der „Planung der Fortsetzung der Militäroperation“¹ nicht berücksichtigt werden sollte.

Nur eine marginale Minderheit macht es in ihren Protesten, die vielfältige Motive haben, zum Thema. Einerseits jene, repräsentiert durch die Bewegung namens *Standing Together*, die die Verbrechen in Gaza anprangert, aber sich weigert, von Völkermord zu sprechen, und meint, dass das Problem diese rechtsgerichtete Regierung sei und die israelische Gesellschaft bessere Führungspersönlichkeiten als diese verdiene; und andererseits eine antikoloniale Gruppe, die sich informell aus Mitgliedern radikaler linker Organisationen zusammensetzt, sowie auch von unabhängigen Aktivist*innen, die den Völkermord verurteilen und ihn direkt mit der Kolonialpolitik in Verbindung bringen, die Israel seit seiner Gründung verfolgt.

Die zionistische Mitte-Links-Bewegung kann nicht als echte Opposition oder Alternative zur israelischen Rechten angesehen werden, da sie dem gleichen ideologischen Spektrum, dem zionistischen Spektrum, angehört. Was die verschiedenen Gruppen unterscheidet, sind nicht ihre Grundprinzipien, sondern der Grad der Sichtbarkeit und Intensität ihres Nationalismus, ihrer Religiosität und ihrer Verbundenheit mit der kolonialen Logik. Je weiter wir uns nach rechts bewegen, desto expliziter werden diese Elemente und desto stolzer werden sie zur Schau gestellt. Aber die ideologische Matrix ist überall dieselbe.

Das Gleiche gilt für die Einberufung der Reservisten am 10. April 2025, um den Krieg zu beenden: Unsere französischen Medien sprechen von einem „Erwachen der moralischsten Armee der Welt“. Die Überholtheit dieser Bezeichnung, die von Personen stammt, die bereits am Krieg gegen Gaza teilgenommen haben, wird ebenso ignoriert wie ihre individualistischen und größtenteils überhaupt nicht politischen Motive. Schlimmer noch, in der Berichterstattung wird nicht darauf hingewiesen, dass in diesen Aufrufen die palästinensischen Opfer nie erwähnt werden: Sie stellen die Beendigung des Konflikts als „den Preis“ für die Befreiung der Geiseln dar – nur der Geiseln. Nur zwei Erklärungen, unterzeichnet von Piloten der Luftwaffe und Mitgliedern des Militärgeheimdienstes, beziehen sich auf den Tod „unschuldiger Zivilisten“, ohne jedoch jemals zu präzisieren, welche Zivilisten damit gemeint sind.

Ein Erwachen der Armee?

Und dann war da noch diese Bemerkung des Reserve-Generalmajors Yair Golan im Mai 2025: „Israel tötet Kinder als Hobby“. Sie wurde von allen französischen Medien als Ausdruck eines moralischen Gewissens aufgegriffen, als Beispiel für die Rückkehr der Linken. Dabei wird jedoch vergessen, dass derselbe Mann im Oktober 2023 dazu aufgerufen hatte, Gaza auszuhungern, und im September 2024 dazu, jeglichen Waffenstillstand mit dem Libanon abzulehnen. Vor allem aber ruderte er nur wenige Tage nach seiner „Hobby“-Bemerkung zurück und erklärte im *Channel 12*, dem meist geschauten Fernsehsender des Landes: „Israel begeht keine Kriegsverbrechen in Gaza.“

Diese Besessenheit der Medien mit diesen Oppositionsfiguren ist zum Teil auf Unkenntnis der Fakten, der politischen Strategien und ganz allgemein des Zionismus zurückzuführen. Sie spiegelt auch ein politisches und symbolisches Bedürfnis in Frankreich und vielen westlichen Ländern wider, das Bild Israels als Insel der Demokratie in einem dunklen und autoritären Nahen Osten zu bewahren. Letztendlich ist dies ein Element der Konstruktion eines „unschuldigen“ Israels, da die begangenen Verbrechen selten als das beschrieben werden, was sie sind, sondern als Verrat an seinen angeblichen Prinzipien dargestellt werden, als ob diese Handlungen der DNA des Landes fremd wären.

Eine gemeinsame ideologische Matrix

Eines der Hauptargumente, das zur Verteidigung der Existenz einer echten Opposition gegen die rechtsextreme Regierung von Benjamin Netanjahu vorgebracht wird, beruht auf der grundlegend falschen Vorstellung einer „zionistischen Linken“. Seit zwanzig Jahren und seit dem Entstehen einer politischen Mitte in Israel wird die zionistische Mitte-Links-Bewegung als glaubwürdige Alternative dargestellt. Diese Strömung wird oft als Gegenpol zur israelischen Rechten beschrieben, insbesondere was ihre Pläne für die Palästinenser unter israelischer Besatzung vom Mittelmeer bis zum Jordan betrifft. Aber wie kann sie als Opposition bezeichnet werden, wenn sie dieselben ideologischen Grundsätze teilt wie diejenigen, denen sie angeblich entgegensteht?

Alle zionistischen Strömungen, von der kritischsten Linken bis zur extremen Rechten, halten sich an eine Reihe von Grundprinzipien, die sie niemals in Frage stellen. Im Mittelpunkt steht dabei die Überzeugung, dass ihr Land ein jüdischer Staat bleiben muss und dass seine Gründung in Palästina legitim ist – gerechtfertigt ausschließlich oder im Wesentlichen durch die Bibel, die als Eigentumsurkunde angesehen wird. Da dies der Fall ist, dürfen bestimmte Rechte nur Juden gewährt werden. Es versteht sich auch, dass die Mehrheit der Bürger des Landes jüdisch bleiben muss und dass der Staat dieses demografische Gleichgewicht aktiv aufrechterhalten sollte.

Diese ideologische Grundlage beruht auf drei Hauptelementen. Zunächst einmal die nationale Dimension: Der Staat wird als Nationalstaat des jüdischen Volkes angesehen, und nur diese Nation soll in seinen Institutionen zum Ausdruck kommen. An dieser Stelle muss ich darauf hinweisen, dass die Idee einer „israelischen Nation“ – einer bürgerlichen Einheit, die alle Bürger, Juden wie Nichtjuden, umfasst – nicht existiert. Im Hebräischen wird das Wort „Nation“ ausschließlich in ethnischer Hinsicht verstanden. Jeder Bürger gehört einer ethnischen „Nationalität“ an, die sich von seiner israelischen Staatsbürgerschaft unterscheidet, in den offiziellen Registern erfasst ist und durch diese künstlich geschaffen wurde: Jude, „Araber“ (der Begriff „Palästinenser“ ist ausgeschlossen), Druse, Tscherkesse usw.

Als nächstes kommt die religiöse Dimension, die untrennbar mit dem zionistischen Projekt verbunden ist: Die Legitimität des Staates Israel beruht auf der biblischen Erzählung. Selbst die kritischsten Gruppen akzeptieren mehr oder weniger eine gewisse Verbindung zwischen Religion und

Staat. Und schließlich ist die koloniale Dimension ein konstanter Faktor, auch wenn sie selten namentlich erwähnt wird. Die Kolonisierung Palästinas, die bereits vor der Gründung des Staates Israel begann, wird als legitimer oder zumindest notwendiger Prozess dargestellt. Diese Rechtfertigung findet sich im gesamten zionistischen Spektrum und wird je nach ideologischer Positionierung der betreffenden Gruppe oder Person mehr oder weniger ausdrücklich formuliert.

Daher kann die zionistische Mitte-Links-Bewegung nicht als echte Opposition oder Alternative zur israelischen Rechten angesehen werden, da sie dem gleichen ideologischen Spektrum, dem zionistischen Spektrum, angehört. Was die verschiedenen Gruppen unterscheidet, sind nicht ihre Grundprinzipien, sondern der Grad der Sichtbarkeit und Intensität ihres Nationalismus, ihrer Religiosität und ihrer Verbundenheit mit der kolonialen Logik. Je weiter wir uns nach rechts bewegen, desto expliziter werden diese Elemente und desto stolzer werden sie zur Schau gestellt. Aber die ideologische Matrix ist überall dieselbe.

Die Konsolidierung der jüdischen Vorherrschaft

Indem wir alle zionistischen Strömungen in dasselbe ideologische Spektrum einordnen, können wir auch ihr gemeinsames Demokratieverständnis besser verstehen. Über die Streitigkeiten zwischen der Mitte-Links- und der Rechts-Partei hinaus – sei es über die Rolle und Befugnisse des Obersten Gerichtshofs, den Einfluss der jüdischen Religion auf die individuellen Freiheiten oder andere sozioökonomische Überlegungen – entsteht eine gemeinsame Vision, die hauptsächlich auf nationalen und kolonialen Dimensionen beruht.

Die nationale Definition von Demokratie wird durch ihren Nutzen für das jüdische Volk bestimmt, das innerhalb des Staates eine Mehrheit bilden und damit dessen „demokratische“ Kontrolle gewährleisten soll. Demokratie wird somit nicht als Selbstzweck verstanden, sondern als Instrument im Dienste einer bestimmten ethnischen Gruppe, mit der die Mehrheit bewusst gleichgesetzt wird. Diese Auffassung wurde von David Ben Gurion, dem ersten israelischen Premierminister und einer Schlüsselfigur der zionistischen Linken, während einer Parlamentssitzung im Jahr 1950 formuliert.² Nach dieser Logik wird jede Maßnahme, die darauf abzielt, die jüdische Präsenz im Staat zu stärken, als zutiefst demokratisch angesehen, da sie die jüdische Mehrheit, die als Garant des Regimes angesehen wird, weiterhin bewahrt.

Diese Auffassung deckt sich mit einer anderen Interpretation der Demokratie: der kolonialen Interpretation. Die zunehmende Ansiedlung des jüdischen Volkes im Nahen Osten ist somit nicht nur eine unverzichtbare Voraussetzung für die Verwirklichung seiner nationalen Bestrebungen – die durch die Bildung einer demografischen Mehrheit ermöglicht wird –, sondern auch ein Träger der sogenannten „liberalen“ westlichen Werte. Anders ausgedrückt: Die Demokratie in dieser Region wäre abhängig vom Fortbestand eines jüdischen Staates, der vom jüdischen Volk regiert wird und angeblich die Werte des Westens verkörpert und repräsentiert.

Die Villa und der Dschungel

Eine der symbolträchtigsten Formulierungen dieser Vision unter linken Zionisten stammt aus den 1990er Jahren und geht auf den ehemaligen Premierminister und eine Schlüsselfigur der zionistischen Linken, Ehud Barak, zurück. Damals schuf er ein Bild von Israel als westlicher Bastion der Moral inmitten einer Umgebung, die als unzivilisiert, autoritär und grundsätzlich unvereinbar mit der liberalen Demokratie wahrgenommen wurde: die berühmte „Villa im Dschungel“. Ein Bild, das er auch heute noch verwendet, wie in dem Interview, das er mir im April 2024 gab. „In der Villa kann man klassische Musik oder alte französische Lieder hören, sich im Whirlpool vergnügen. Aber sobald man hinausgeht, muss man als Erstes seine Waffe bereithalten, sonst überlebt man nicht.“

Aus dieser Sicht kann Demokratie weder existieren noch gedeihen, wenn sie nicht durch die koloniale Herrschaft Israels geschützt – oder aufgezwungen – wird, die natürlich nie als solche bezeichnet wird. Diese Darstellung rechtfertigt nicht nur die Kolonisierung des Landes, sondern auch die permanente koloniale Herrschaft über die indigene Bevölkerung, die Palästinenser, die als unverzichtbare Voraussetzung für das Überleben des demokratischen Regimes – und damit der Apartheid – dargestellt wird.

Diese Visionen, die von allen zionistischen Strömungen geteilt werden – einschließlich derjenigen, die die Regierung Netanjahu als „Bedrohung für die Demokratie“ kritisieren –, tragen zu einem besseren Verständnis des Verhaltens der zivilen und politischen Opposition in dieser Zeit des Völkermords bei. So unterzeichneten beispielsweise am 20. Mai 2024 über vierzig Mitglieder der Opposition eine Petition, in der sie den Haftbefehl des Anklägers des Internationalen Strafgerichtshofs (ICC) als antisemitisch verurteilten und behaupteten, dass „die israelische Armee die moralischste der Welt ist“ und dass „unsere heldenhaften Soldaten mit beispiellosem Mut und Moral im Einklang mit dem Völkerrecht kämpfen“.

Wir sehen auch viele Israelis, die mit der Opposition verbunden sind und im Namen der Gleichberechtigung gegen die Nicht-Einberufung ultraorthodoxer Jugendlicher in die Armee demonstrieren; andererseits haben sie nichts zu sagen zu den Beschränkungen, die Palästinensern, Bürgern des Staates, auferlegt werden, die ihre Solidarität mit Gaza bekunden wollen.

Ein weiteres Beispiel, das sich Ende Juni 2025 ereignete: Mitglieder der ebenfalls oppositionellen Zentrumspartei *Yesh Atid* („Es gibt eine Zukunft“) stimmten für die Suspendierung des palästinensischen Abgeordneten im israelischen Parlament, Ayman Odeh, nur weil er es gewagt hatte, sich über die Freilassung palästinensischer Gefangener zu freuen. Die Liste dieser offensichtlichen „Widersprüche“ ist in der Tat lang.

„Der Vorposten der Zivilisation“

Wenn man alle zionistischen Gruppen als demselben ideologischen Spektrum zugehörig betrachtet – mit denselben Grundprinzipien und einem ähnlichen Demokratieverständnis –, ist die Schlussfolgerung unausweichlich: Es kann in der israelischen Politik keine echte Alternative zu Netanjahu und seinem Kabinett geben. Schlimmer noch: Es gibt keine wirklich „demokratische“ oder „liberale“ Opposition, solange sie dem Zionismus verpflichtet ist. In diesem Kontext bleibt die Demokratie dem nationalistischen und kolonialistischen Projekt untergeordnet und kann unmöglich eine idealistische Demokratie westlichen Stils verkörpern.

Abgesehen von ihrer Ignoranz – ob absichtlich oder nicht – muss hervorgehoben werden, dass westliche Regierungen jenes demokratische Bild Israels benötigen, um ihre bedingungslose Unterstützung seiner Politik zu rechtfertigen. Diese Regierungen sehen den Zionismus im Allgemeinen und Israel im Besonderen als Vorposten europäischer Interessen im Nahen Osten, wie es Theodor Herzl, Gründer des politischen Zionismus, bereits 1896 formulierte mit seinen Plänen für einen jüdischen Staat in Palästina 3:

Mit anderen Worten: Israel hat die Aufgabe, die von den europäischen Mächten als barbarische Kräfte des Nahen Ostens betrachteten Kräfte zu kontrollieren. Diese Vision ist Teil einer in Europa wohlbekannten kolonialistischen Logik, wo das Klischee der „Zivilisierungsmission“ dazu dient, eine Reihe von Massengräueln zu rechtfertigen oder zu entschuldigen.

Wie sonst ließe sich Frankreichs Lieferung von Maschinengewehrteilen an ein Land erklären, dem immer mehr Organisationen und Politiker Völkermord vorwerfen? Wie ließe sich der Überflug von Benjamin Netanjahus Flugzeug über europäisches Territorium rechtfertigen, obwohl der Internationale Strafgerichtshof einen Haftbefehl gegen ihn erlassen hat? Wie ließe sich angesichts des Ausmaßes der begangenen Verbrechen das Fehlen wirklicher Sanktionen erklären?

Sollten Frankreich und andere westliche Nationen zugeben, dass es keine wirklich demokratische Opposition geben kann, solange sie im Zionismus verwurzelt bleibt, müssten sie nicht nur die jahrzehntelange blinde Unterstützung Israels in Frage stellen, sondern vor allem eine Debatte über den Zionismus als Kolonialprojekt eröffnen. Dieses Thema haben sie jedoch selbst tabuisiert oder in manchen Fällen sogar für illegal erklärt, indem sie es bewusst mit Antisemitismus gleichsetzten.

1. Tamar Hermann, Lior Yohanani, Yaron Kaplan, Inna Orly Sapozhnikova, „Israelis Unsure Current Military Operation Will Bring the Hostages Home or Topple Hamas“, Israel Democracy Institute, 6. Juni 2025.
2. Eine antizionistische Mehrheit ist unmöglich, solange es in diesem Land ein demokratisches Regime gibt, ein Regime der Freiheit und der Mehrheitsherrschaft. Ein antizionisti-

ches Regime wird nur möglich sein, wenn die antizionistische Minderheit die Macht mit Gewalt übernimmt [...] und das Land für jüdische Einwanderung verschließt. Der einzige Weg, die Machtübernahme eines antizionistischen Regimes zu verhindern, ist der Schutz der Demokratie (Sitzung der ersten Knesset, 5. Juli 1950, S. 2096).

3. Wir werden dort draußen für Europa einen Teil der Mauer gegen Asien und den Vorposten der Zivilisation gegen die Barbarei bilden. Wir gehen in das Land Israel, um die moralischen Grenzen Europas bis zum Euphrat auszudehnen.“ Zitiert in Eran Kaplan, „Between East and West: Zionist Revisionism as a Mediterranean Ideology“, in *Orientalism and the Jews*, herausgegeben von Ivan Davidson Kalmar und Derek J. Pensalar, Brandeis University Press, 2005.

Quelle: <https://orientxxi.info/magazine/the-illusion-of-a-democratic-opposition-in-israel,8467>

Übersetzung: R. Häberle, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de